

# Kernpunkte 12

Dezember 2012 / Kurzdokumentation zur Kernenergiediskussion: Tatsachen und Argumente

## **Grossbritannien: Standortbewilligung für Hinkley Point C**

Das britische Office for Nuclear Regulation hat am 26. November 2012 für den geplanten Kernkraftwerksneubau Hinkley Point C die erste nukleare Standortbewilligung (Nuclear Site Licence) seit 25 Jahren erteilt. Die EDF Energy plant an diesem Standort im Südwesten Englands zwei Kernkraftwerkseinheiten des Typs EPR. Mit der Standortbewilligung anerkennt das Office for Nuclear Regulation den Nachweis der EDF Energy zu formellen Vorgaben für den Neubau. Der Bau selbst unterliegt weiteren Genehmigungen.

GS Uvek widerlegt damit die meisten und die schwerwiegendsten Vorwürfe von Marcos Buser, einem ehemaligen Mitglied der Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS). Er hatte sich im Juni dieses Jahres kritisch über die Umsetzung des Sachplanverfahrens geäussert. Das GS Uvek kommt nun zum Schluss, dass weder das Sachplanverfahren «aus dem Gleis geraten» sei, wie Buser kritisierte, noch die Empfehlungen der KNS systematisch übergangen worden seien. Auch gebe es keine Anhaltspunkte, wonach das Bundesamt für Energie (BFE) das Verfahren nicht gemäss Sachplan führe. Das GS Uvek ortet jedoch Verbesserungsbedarf bei den Verfahrensregeln zwischen einzelnen Bundesbehörden und mit der Nagra.

## **Tschechien: Baugesuch für Temelín eingereicht**

Das tschechische Elektrizitätsversorgungsunternehmen Skupina ČEZ hat am 30. November 2012 der nuklearen Sicherheitsbehörde (SUJB) ein Gesuch zum Bau zweier neuer Kernkraftwerkseinheiten am Standort Temelín in Südböhmen eingereicht. Nach tschechischem Recht hat die SUJB nun vier Monate Zeit, um das Baugesuch zu prüfen. In der Tschechischen Republik sind derzeit insgesamt sechs Kernkraftwerkseinheiten in Betrieb: vier am Standort Dukovany und zwei am Standort Temelín.

## **... und anerkennen Unabhängigkeit und Kompetenz des Ensi**

Eine externe Abklärung im Auftrag des Ensi-Rats hat keinerlei Hinweise auf eine materielle Beeinflussung des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (Ensi) durch die Nagra ergeben. Die Untersuchung wurde aufgrund von Vorwürfen ehemaliger Mitglieder der Kommission für Nukleare Sicherheit (KNS) durchgeführt. Die Experten der mit der Untersuchung beauftragten Firma Interface konnten keine Indizien dafür finden, dass die Nagra Manipulationen im Sachplanverfahren oder im Umfeld des Sachplanverfahrens vornimmt. Für ihre Analyse befragten die Gutachter unter anderem Schlüsselpersonen aus dem Ensi und der Nagra. Zudem konnten sie Einblick in verschiedene, auch vertrauliche Dokumente nehmen. Bei zwei Punkten zeigte sich, dass die Abläufe Ensi-intern verbessert werden können. Bei Protokollen, Berichten und Gutachten soll zudem keine «Vorvernehmlassung» durch die Nagra stattfinden. In beiden Fällen hat der Ensi-Rat bereits Massnahmen veranlasst.

## **Tiefenlager: Abklärungen bestätigen korrekte Umsetzung des Sachplanverfahrens ...**

Abklärungen des Generalsekretariats des Eidgenössischen Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (GS Uvek) haben ergeben, dass die Suche nach möglichen Standorten nach den im Sachplan für geologische Tiefenlager bestimmten Kriterien abläuft. Das

Redaktion:  
M.-F. Aepli, R. Bilang,  
M. Brugger, M. Rey,  
M. Schorer, D. Stebler

Nuklearforum Schweiz  
Postfach 1021  
3000 Bern 14  
Telefon 031 560 36 50  
Telefax 031 560 36 59  
info@nuklearforum.ch  
www.nuklearforum.ch

Erscheint 12-mal jährlich  
ISSN 1421-0347

© 2012 by Nuklearforum Schweiz

## **Schweizer erteilen Ensi gute Noten**

Eine grosse Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hält die Kernkraftwerke in der Schweiz für sicher (45%) oder eher sicher (32%). Nur jeder Fünfte beurteilt sie als nicht sicher. Das ergab eine Befragung von 806 Schweizer Stimmberechtigten durch die Universität Zürich im Auftrag des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorates (Ensi). 45% der Befragten gaben an, dass ihre Einstellung zur Kernenergie nach dem Reaktorunfall in Fukushima 2011 negativer geworden ist. Das Ensi selbst erhält gute Noten.

## **Bundesrat verlängert Forschungskooperation mit Euratom**

Der Bundesrat hat die Weiterführung der Forschungskooperation zwischen der Schweiz und der Europäischen Atomgemeinschaft Euratom für die Jahre 2012 und 2013 genehmigt. Das entsprechende Abkommen führt die auf der Basis der bilateralen Abkommen von 1999 (Bilaterale I) mit der EU ausgehandelte Forschungszusammenarbeit fort. Es regelt den Bereich nukleare Forschung und sieht eine Beteiligung der Schweiz bis Ende 2013 vor, dies mit einem anhand des BIP berechneten Beitrages in der Höhe von gut 100 Millionen Franken. Die Schweiz arbeitet seit über fünf Jahrzehnten im Forschungsbereich mit der Euratom zusammen.

## **CO<sub>2</sub>-Ausstoss steigt ungebremst weiter**

Trotz weltweiter Bemühungen hat die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre 2011 ähnlich stark zugenommen wie in den Jahren zuvor. Das schreibt die Weltorganisation für Meteorologie (WMO) in ihrem in Genf veröffentlichten Jahresbericht. Demnach stieg im Jahr 2011 der Anteil von CO<sub>2</sub>, dem zentralen Treibhausgas, nach den jüngsten Messungen erneut um etwa 0,5% auf 390 ppm. Die CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre liegt nun gut 40% über dem Niveau in vorindustrieller Zeit (280 ppm). Hauptgrund für diesen weltweiten Anstieg sei die Verbrennung von Kohle, Gas und Öl in Kraftwerken, Heizungen und Fahrzeugen, so die WMO. Dabei spielen Schwellenländer wie China und Indien eine immer grössere Rolle. Laut WMO-Generalsekretär Michel Jarraud werden diese Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> Jahrhunderte in der Atmosphäre bleiben und für einen weiteren Temperaturanstieg sorgen.

## **Klimakonferenz in Doha: Verlängerung des Kyoto-Protokolls ...**

Das Resultat der 18. Uno-Klimakonferenz (COP18) von Doha fällt aus Sicht der Schweizer Delegation zwiespältig aus, wie das Bundesamt für Umwelt (Bafu) in einer Medienmitteilung kommentierte. Positiv seien die Weiterführung des Kyoto-Protokolls von 1997 und die Zustimmung zu einer zweiten Verpflichtungsperiode (Kyoto-2) durch die EU, Australien, Island, Kroatien, Liechtenstein, Monaco, Norwegen und die Schweiz. Dadurch wird das bislang einzige verbindliche Abkommen zur Verminderung der Treibhausgase bis 2020 weitergeführt. Die in Kyoto-2 engagierten Länder sind jedoch nur für rund 14% des weltweiten Treibhausgasausstosses verantwortlich. Der Ausstoss der anderen grossen Verursacher wie Brasilien, China, Indien, Japan, Kanada, Südafrika oder den USA ist damit nicht abgedeckt. Diese Staaten bekräftigten zwar ihr letztes Jahr in Durban angekündigtes Engagement und sagten eine gewisse Verringerung ihres Ausstosses zu. Zu verbindlichen Zielen wollten sie sich jedoch nicht verpflichten.

## **... und des Weltklimaabkommens bis 2020**

Immerhin bekräftigten alle teilnehmenden Staaten den 2011 an der Klimakonferenz von Durban gefällten Entscheid, bis 2020 ein Klimaabkommen auf die Beine zu stellen, das alle Staaten und nicht nur die Industrieländer in die Pflicht nimmt. Zudem wurde den Entwicklungsländern die Weiterführung von Finanzhilfen für die Bewältigung des Klimawandels zugesagt. Auch die Schweiz führt ihre Finanzhilfe im bisherigen Rahmen fort und plant, diese auszubauen.

Die «Kernpunkte» können Sie auch als elektronischen Newsletter unter [www.nuklearforum.ch](http://www.nuklearforum.ch) bestellen.